

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Ehrenamtliches Engagement fördern – Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen zukunftssicher gestalten

Die Gewährleistung von Brandschutz und technischer Hilfe ist ein wesentlicher Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und Sicherheitsarchitektur im Saarland. Über 11.500 Frauen und Männer leisten ehrenamtlich Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land. Auch der den Ländern obliegende Katastrophenschutz ist zum überwiegenden Teil ehrenamtlich organisiert. Er wird neben den Feuerwehren von den Einheiten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und den privaten Hilfsorganisationen getragen. Dahinter stehen im Saarland weitere ca. 6.000 Personen.

Nur durch die freiwillige Mitarbeit dieser Bürgerinnen und Bürger können die Pflichtaufgaben im Brand- und Bevölkerungsschutz flächendeckend erfüllt werden. Sie stellen einen großen Anteil ihrer Zeit in den Dienst der Allgemeinheit und beschützen uns in vielen Gefahrenlagen, oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens. Dabei erleben sie zunehmend Diffamierungen und Gewalt. Die Einsatzstärke dieser Organisationen nachhaltig sicherzustellen, stellt auch mit Blick auf den demografischen Wandel eine große Herausforderung dar. Es sind gezielte Instrumente und Anreize erforderlich, um sowohl die Einsatzbereitschaft des bestehenden Personals zu erhalten als auch langfristigen Nachwuchs zu gewinnen.

Aus diesem Grund muss das Saarland seine Bemühungen intensivieren, die Rahmenbedingungen gerade für das ehrenamtliche Engagement in diesen hoheitlichen Aufgaben stetig zu verbessern, aber auch die öffentliche Wertschätzung in Form einer ausgeprägten Anerkennungskultur auszubauen.

Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD begrüßen,

- alle Maßnahmen, mit denen Land und Kommunen die hohe ehrenamtliche Einsatzbereitschaft unserer Bevölkerung wertschätzen,
- den Prozess Feuerwehr 2020, in dem Empfehlungen zu Konzepten und Lösungen für eine zukunftsfähige Freiwillige Feuerwehr im Land erarbeitet wurden,
- dass die Landesregierung einen Entschädigungsfonds gebildet und der Landesfeuerwehrverband eine Zusatzversicherung abgeschlossen hat und hierdurch Absicherungslücken im Saarland weitaus geringer sind als andernorts.

Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD fordern die saarländische Landesregierung auf:

- die Verbundenheit des Landes mit seinen Einsatzkräften, die Wertschätzung ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit und den persönlichen Respekt innerhalb der Bevölkerung weiter zu stärken,
- bei der Interkommunalen Zusammenarbeit sowie im Zuge von Initiativen der Verwaltungsvereinfachung ein besonderes Augenmerk auf Verbesserungen im Sinne des Feuerwehrwesens zu legen sowie die Kooperation aller Blaulichtorganisationen im Saarland zu fördern,
- bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst ehrenamtliches Engagement insbesondere für hoheitliche Aufgaben zu berücksichtigen sowie Freistellungen für Fortbildungen und Einsätze zu erleichtern,
- bei den Arbeitgebern in der freien Wirtschaft dafür zu werben, die Freistellung von Mitgliedern der Hilfsorganisationen für Fortbildungen und Einsätze zu vereinfachen,
- auf Bundesebene eine Angleichung der Leistungen für Hinterbliebene und Angehörige anderer Katastrophenschutzeinheiten zu unterstützen,
- auf Bundesebene die Anrechnung von Versorgungsleistungen auf staatliche Sozialleistungen zu überprüfen und darauf hinzuwirken, dass die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen abgeschafft wird.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.